

Bezugsbedingungen und Einzelpreise
End in der Morgenausgabe ansetzen
Redaktion: SW. 66, Cinderecke 3
Telegraphische: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Sonnabend

12. Juni 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftsbüro 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cinderecke 3
Telegraphische: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wiederholte Anfrage.

An den Reichspräsidenten und die Reichsregierung.

Am Abend des 8. Juni veröffentlichten wir die Abbildung eines Plakats, das den Kopf Hindenburgs zeigt und unter der Eingangsformel „Hindenburg schreibt:“ ein paar Sätze aus dem Brief an Loebell wiedergibt — zum Schluß aber einige entscheidende Worte hinzufügt, die in jenem Brief nicht enthalten sind. Diese Worte lauten:

„Deshalb am 20. Juni Stimmenhaltung.“

Die Hinzufügung dieser Worte stellt eine Fälschung des Hindenburg-Briefes dar. Wir haben das am 8. Juni schon festgestellt. Niemand — weder der Reichspräsident noch die Regierung, noch der Fälscher selbst, Herr v. Loebell — hat bis heute dieser Feststellung widersprochen.

Wer das Plakat in gutem Glauben liest, muß annehmen, daß der Reichspräsident Parole ausgibt in einer Frage, die auch unter den Gegnern des Volksscheidts umstritten ist. Die einen — und wir halten sie für die anständigeren — erklären, man müsse zur Abstimmung gehen und mit „Nein“ stimmen, weil nur auf diese Weise die Abstimmungs-freiheit der andersdenkenden Mitbürger gewahrt bleiben könne. Die anderen aber geben die Parole der Stimmenthaltung aus eben darum, weil sie die Abstimmung kontrollieren und sie durch wirtschaftlichen und ge-

sellchaftlichen Druck in verfassungswidriger Weise beeinflussen wollen.

Das Plakat läßt den Reichspräsidenten gegen die anständigen Gegner des Volksscheidts Partei ergreifen. Es läßt ihn als den Führer derer erscheinen, die keine saubere Abstimmung haben wollen, wie sie schon in der alten Zeit der ostelbischen Wahlmißbräuche saubere Wahlen mit allen Mitteln zu verhindern suchten.

All dies ist schon vor Tagen hier festgestellt worden. Es hat sich kein Widerspruch dagegen erhoben. Auch der Rechtspresse war diese Angelegenheit zu peinlich, als daß sie auch nur mit einem Wort auf sie eingegangen wäre.

Jetzt aber prangt das Hindenburg-Plakat an den Anschlagssäulen! Es entsteht somit vor aller Welt der Anschein, als ob sich der Reichspräsident in einer öffentlichen Kundgebung — die zu erlassen er ja bekanntlich aus Gründen der Verfassung „abgelehnt“ hat! — an die Spitze derer stellte, die die Volksabstimmung über die Enteignung der Fürstentümer nach rumänischen Vorbildern organisieren wollen.

Wir stellen hiermit die öffentliche Anfrage, ob der Reichspräsident die persönliche, die Reichsregierung die verfassungsmäßige Verantwortung für diesen Vorgang übernimmt.

Die Fürsten und das Volk.

Wo sind „Moral und Recht“?

Von Luise Schroeder, M. d. R.

1914: Millionen von Männern wurden herausgerissen aus ihren Arbeitsstätten, aus ihren Familien, mußten ins Feld ziehen. Millionen von Frauen waren gezwungen, die Plätze der Männer einzunehmen, Tag und Nacht zu arbeiten, ihren Körper viel zu früh zu verbrauchen; Millionen von Kindern darben körperlich und seelisch, entbehrten die Erziehung und Pflege von Vater und Mutter.

1918: Der Zusammenbruch kam. Zwei Millionen Männer hatten ihr Leben fürs Vaterland gelassen. Weitere Hunderttausende kehrten gebrochen an Leib und Seele in die Heimat zurück. Aber kaum einer von den Männern, die draußen im Grauen des Krieges waren, kaum eine von den Frauen, die in der Heimat weit über ihre Kräfte arbeiteten, hatten ihre volle Gesundheit behalten. Diejenigen, die schuldig an diesem Unglück waren, stöhnten über die Grenzen oder versteckten sich in Schlupfwinkeln. Männer des Volkes mußten das steuerlos gewordene Staatsschiff vor dem Zerfalle behüten.

1926: Dieselben Fürsten, die 1918 froh waren, ihr Leben zu retten, verlangen vom deutschen Volk Milliarden!

Was bedeutet das alles? Die europäische Wirtschaft und ganz besonders die deutsche ist durch den Krieg zerstört. Zwei bis drei Millionen Arbeitslose fühlen es täglich an der Verelendung ihres Körpers, ihrer Häuslichkeit, ihrer Familie, Tausende von kleinen Gewerbetreibenden, von Geschäftsmännern verlieren die mühsam aufgebaute Existenz. Selbstmorde und Familientragödien belehren uns täglich über die Tragik dieser Wirtschaftskrise und über die Notwendigkeit ihrer Überwindung. Es gilt also, neue Wege zum Wiederaufbau zu finden, es gilt, die Kräfte des gesamten Volkes zusammenzurufen, um Deutschland vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang zu bewahren.

Dazu ist nur ein körperlich und seelisch gesundes Volk fähig, und dieses Ziel muß erreicht werden in erster Linie durch einen Ausbau unserer Sozialpolitik.

Wie aber sieht es damit aus? Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags führt die Sozialdemokratie den zähesten Kampf um die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, um der Unterernährung von drei Millionen Menschen und ihrer Familien entgegenzuwirken. Die Reichsregierung, die Länder antworten auf alle Forderungen, daß das nötige Geld nicht vorhanden ist.

Schwere Klage wird erhoben darüber, daß jährlich eine halbe Million Frauen ihre Schwangerschaft unterbrechen, weil die Not der Zeit ihnen die Mutter-schaft zur unerhörten Qual macht. Soll dieser für die Frauen wie für das ganze Volk unerträgliche Zustand abgeändert werden, so muß die Schwangeren- und Mutterschaftsfürsorge so ausgebaut werden, daß die materiellen Sorgen der Mutterschaft erträglich werden. Die Antwort der Reichsregierung, der Länder, der Krankenkassen auf unsere diesbezüglichen wiederholten Forderungen lautet: Es ist kein Geld vorhanden!

Wollen wir die gesundheitlichen Schäden des Krieges so weit wie irgend möglich überwinden, so ist die Verbesserung der Krankenhilfe, besonders auch der Familien-krankenhilfe, erste Voraussetzung. Allen diesbezüglichen Anträgen gegenüber bitten die Krankenkassen um Vermeidung einer weiteren Belastung, da zahlreiche Arbeitgeber infolge der finanziellen Not nicht in der Lage sind, die Krankenkassenbeiträge zu zahlen und die Krankenkassen infolgedessen keine Mittel haben.

Unsere Arbeitsinvaliden, unsere Arbeiterwitwen und -waisen, denen das deutsche Volk unendlich viel schuldet, müssen sich heute mit Bettelfennigen anstatt einer Rente begnügen, die ihnen ein einigermaßen erträgliches Leben sichert. Allen unseren Forderungen auf Erhöhung der Renten gegenüber erhalten wir die Antwort: Die Versicherungs-gestalten brechen zusammen, wenn ihnen höhere Leistungen zugemutet werden.

Dazu kommen die Millionen direkter Kriegsoffer, denen während des Krieges das Wort vom Dank des Vaterlandes nicht oft genug gesagt werden konnte, und die sich heute mit fargen Renten mühsam durchs Leben quälen müssen, weil das deutsche Volk arm geworden ist.

Mangel an Geld also, wohin wir blicken. Mangel an Geld, der die Gesundung unseres Volkes verhindert. Und in einer solchen Zeit fordern die Fürsten von diesem verarmten deutschen Volk Milliarden. Eine Summe, die ausreichen würde, um unseren Erwerbslosen über die Monate der Erwerbslosigkeit hinwegzuhelfen, eine Summe, die der jungen Generation zur Gesundung helfen könnte, eine Summe, die den verarmten Alten ihren Lebensabend erleichtern würde, soll gezahlt werden an Fürsten, das heißt an Leute, die uns nichts genügt,

Bismarck und Bülow gegen Hindenburg.

Zeitgemäße Erinnerungen.

Die naive Auffassung Hindenburgs, daß die entschädigungslose Enteignung „gegen Recht und Moral“ verstoße und die „Grundlagen des Rechtsstaates“ zerstöre, ist von früheren Kanzlern des Deutschen Reiches oft genug und so schlagend widerlegt worden, daß die Nachricht davon auch in die „Privatkanzlei“ des gegenwärtigen Reichspräsidenten gedrungen sein konnte. Was Bismarck, der Heros aller „Deutschbewußten“, über die Notwendigkeit der Enteignung der Weifen und des Kurhessen gesagt und getan hat, ist schon des öfteren auch im „Vorwärts“ zitiert worden.

Aber nicht nur Bismarck, sondern auch Fürst Bülow, der Liebling der Konservativen und Nationalliberalen, hat als Kanzler Wilhelms II. und in seinem Einverständnis für die Notwendigkeit der Enteignung so plausible Gründe vorgeführt, daß es wert ist, daran zu erinnern. In der „Weltbühne“ zitiert E. S. Reiter einige von diesen heute besonders aktuellen Aussprüchen. Als an der Wende 1907/08 in Preußen das Ostmarkengesetz beraten wurde, in dem die Enteignung polnischer Grundbesitzes vorgesehen war, führte Bülow am 13. Januar 1908 gegen den Einwand, daß das Eigentum gefährdet werde, u. a. aus:

„Ich glaube im Gegenteil, daß diese Vorlage und ihre Begründung einer zu weiten Auslegung des Begriffs „öffentliches Wohl“, wie ihn das Enteignungsgesetz von 1874 aufstellt und zur Voraussetzung der Enteignung des Grundbesitzes gemacht hat, einen Riegel vorschleichen. Wir haben aber offen anerkannt, daß der Wortlaut des Gesetzes nicht genügt, daß das Gesetz nach seiner ganzen Entstehung enger ausgelegt werden muß und daß wir deshalb vom Landtage der Monarchie besondere Vollmachten uns erbitten müssen, Vollmachten, die wir begründen mit besonderen Gefahren, die dem preussischen Staat in seinen höchsten Interessen, in seiner Existenz bedrohen. Nur weil nach der festen Überzeugung der künftigen Staatsregierung so außerordentliche Gefahren vorliegen, fordern wir eine so außerordentliche, so einschneidende Maßnahme. . . . Stimmen Sie dieser Vorlage zu, so rücken Sie nicht an der verfassungsmäßigen Grundlage des Privateigentums. Sie erteilen nur der königlich preussischen Staatsregierung außerordentliche Vollmachten zur Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten.“

Mit Recht wird daran erinnert, daß kein Richter und kein Justizminister dieses Bülow-Gesetz zur Enteignung deutscher Staatsbürger polnischer Sprache als „verfassungswidrig“ angesehen habe. Denen aber, die angesichts des Enteignungsgesetzes eine Verletzung des Rechtsgefühls und der Rechtsordnung empfanden, antwortete Bülow, und diese Antwort scheint heute direkt gegen Hindenburg und Marg gerichtet zu sein:

„Die Rechtsseite dieses lebendigen und warmen Rechtsgefühls, das unser Volk auszeichnet, ist seine politisch oft gefährliche Neigung, sich in obstinatem Formalismus zu verlieren, ist der uns Deutschen seit jeher eigene Trieb, auch öffentliche Fragen, große politische Fragen lediglich vom Standpunkte des Privatrechts zu beurteilen. Damit kommt man in politischen Existenzfragen nicht durch. Die erste, die oberste und vornehmste Pflicht des Staates ist es, sich selbst zu behaupten. So machen es alle anderen Völker. Und wenn wir es nicht ebenso machen, so kommen wir unter die Räder.“

Das ist ein Plädoyer für die Fürsteneinteignung von heute, wie man es sich klarer und eindeutiger nicht denken kann! Auch die Republik wird unter die Räder kommen, wenn sie nicht versteht, sich von dem Formalrecht loszumachen, auf das sich Hindenburg und Marg heute noch berufen, um den abgedankten und defizitierten Fürsten die Mittel zu verschaffen, mit denen sie gegen die Republik weiter intrigieren können. Damals richtete sich Bülows Rede freilich gegen nationale Minderheiten im Osten. Aber derselbe Vertrauensmann Wilhelms II. konnte in gleicher Weise energische Töne gegen Fürsten finden, wenn diese im Gegensatz zu den Hohenzollern standen. So hat er am 1. Mai 1907 zur Verteilung hohenzollernischer Hausinteressen gegen den zwangsenteigneten Herzog von Cumberland geäußert:

„In der Sache selbst ist davon auszugehen, daß das Reich eine Agitation nicht dulden kann, die gegen seine zu Recht bestehende politische Struktur gerichtet ist. . . . Es ist keine ausreichende Bürgschaft, wenn Seine königliche Hoheit erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stelle, und daß er eine gemäßigtere Forderung derselben nicht begünstigen würde. . . . Deutschland hat in der Vergangenheit unter innerem Zwist und Zwiespalt seiner Fürsten und Stämme zu sehr gelitten, als daß wir nicht darauf Bedacht nehmen müßten, alles fern zu halten, was zu einer Wiederholung solcher Erscheinungen führen könnte.“

Ist das nicht für den heutigen Tag gesprochen? Handelt es sich nicht auch heute darum, zu verhindern, daß der „Zwiespalt der Fürsten und Stämme“ mit Hilfe der Fürsten-milliarden wieder aufgestachelt werden kann?

Aus ähnlichem Anlaß wie 1907 hat Bülow seine politische Ansicht über Formalrecht und Volksrecht noch einmal am 30. März 1909 mit folgenden Worten unterstrichen:

„Aber dem formalen Recht steht das Recht des deutschen Volkes, seine Arbeit, seinen inneren Frieden und damit seine Bestimmung zu behaupten. . . . Seitdem es eine Weltgeschichte gibt, haben Länder und Fürsten für die Folgen unglücklicher Entschlüsse büßen und die Konsequenzen auf sich nehmen müssen.“

Die Weltgeschichte verlangt auch jetzt, daß die Fürsten für die Folgen ihrer Kriegsentwürfe die Konsequenzen auf sich nehmen. Sie verlangt von dem Volke, daß es diese Konsequenzen den Fürsten zum Bewußtsein bringt und am 20. Juni für die Enteignung ihrer Besitztümer zugunsten der Notleidenden und der Kriegsoffer stimmt!

Schacht und die Demokratie.

Austritt aus der Partei.

Hamburg, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet: Der Reichsbankpräsident, der zu den prominentesten Mitgliedern der Demokratischen Partei gehört, ist aus dieser Partei ausgetreten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Reichsbankpräsident durch die letzten politischen Entscheidungen der Demokratischen Partei zu diesem Schritt veranlaßt worden ist.

Jahslul Pascha ist zum Präsidenten des ägyptischen Parlaments gewählt worden.

aber sehr viel geschadet haben, an Leute, die zum Teil im Ausland ihre Besitzungen haben und dort ein Wohlleben führen. Ob dieses Unerhörte wirklich geschehen soll, darauf sollen die deutschen Mädchen, Frauen und Mütter am 20. Juni die Antwort geben.

Lausubokratie.

Der Hochschulputz gegen die Lehrfreiheit.

Der hannoversche Hochschulputz greift auf ganz Preußen über. Er wird mit jedem Tage mehr eine Angelegenheit, die auch in dieser erregten Zeit schärfste Aufmerksamkeit fordert.

Prof. Dr. Theodor Lessing liest als Privatdozent seit 18 Jahren in Hannover über Philosophie. Jetzt wollen ihn die Herren Studenten mit Gewalt von seinem Lehrstuhl entfernen, weil sie mit seiner publizistischen Tätigkeit nicht einverstanden sind. Insbesondere hat ihnen ein Artikel mißfallen, den er zur Zeit des Kampfes um die Reichspräsidentenschaft im deutschen „Prager Tageblatt“ geschrieben hat.

Ueber die Bedeutung Lessings als Gelehrten schreibt heute einer der Berufensten, Prof. Dr. Hans Driesch, im „Berliner Tageblatt“:

Denen, die Lessing noch nicht kennen, sage ich nun dieses, daß ich nicht ansehe, Theodor Lessing für den Kulturphilosophen unserer Zeit zu erklären, welcher in seinem Werk „Der Untergang der Erde am Geist“ den tiefsten Blick in die Stellung des bewußten Menschen zum Universum getan hat, den zu tun unserer Zeit vergönnt gewesen ist. Seit Nietzsche und Schopenhauer haben wir nichts Ähnliches; selber ist von keinem in gleicher Weise die tiefe Tragik, die „der Geist“ in die Welt gebracht hat, so erschütternd geschildert worden und doch so ergeben und demütig, und trotz allem so hoffnungsvoll. Lessing ist einer der wenigen, welche in bezug auf den Menschen das, was man heute gern „kosmische Einstellung“ nennt, wirklich haben und nicht nur davon reden.

Wenn man diesem Mann mit brutaler Gewalt die Lehrfreiheit zu unterbinden versucht, wenn man seine Entfernung von der Hochschule fordert, wenn sich die ganze „nationale“ Studentenschaft und ein nicht unerheblicher Teil der Professorenschaft mit den hannoverschen Faustkämpfern gegen den Geist solidarisiert, wenn die Rechtsparteien und die Rechtspresse diese schmachtvolle Hege mit allen Mitteln lügnischer Stimmungsmache unterstützen, dann ist für die preussische Staatsregierung höchste Zeit, sich des Ernstes der Situation bewußt zu werden und ihm entsprechende Entschlüsse zu fassen.

Die Regierung darf nicht ruhig dabeistehen, wenn der verruchte Nachwuchs des deutschen Bürgertums einer verfassungsmäßig verbürgten Freiheit, der Lehrfreiheit an den Hochschulen, nach der Kehle greift.

Die Lösung dieses Konfliktes scheint uns die denkbar einfachste zu sein. Man überlasse doch den Studenten selbst die Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines geregelten Lehrbetriebs, der selbstverständlich Angriffe auf die Lehrfreiheit nicht gestattet. Sind sie nicht imstande, die Ordnung aufrechtzuerhalten, dann muß die Hochschule, sei es die in Hannover oder eine andere, eben geschlossen werden. Sie ist wieder zu eröffnen, sobald Gewähr für geregelte Zustände gegeben ist.

Wenn die Studenten es vorziehen, zu scandalisieren statt zu studieren, so werden sie eben nie mit ihren Studien fertig werden. Ist erst diese Aussicht gegeben, dann wird sich die erste Studentenschaft den Terror der Ständemacher nicht lange gefallen lassen. Dann kommt sehr schnell die Götterdämmerung der Lausbubokratie.

Hannover, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag abend veranstalteten die Studentenschaft und die Bürgervereine eine gemeinsame Kundgebung gegen Professor Lessing, die zu einer wüsten Hege vor allem gegen den preussischen Kultusminister ausartete. Erklärte doch u. a. Bürgervorsitzer Dr. Renner, Lehrer und

Schüler der Hochschule müßten dem Minister gegenüber zusammenstehen, um das Ziel zu erreichen. Der Minister Beder, so erklärte dieser Bürgervorsitzer, hat die Staatsautorität in einem Maße geschädigt, daß wir ihn als Minister nicht mehr anerkennen können. Darum übernahm die hannoversche Studentenschaft die Rolle des staatsbehaltenden Faktors. Natürlich erstrebten, um die Geistesverfassung der Versammlung klar darzutun, gegen den Minister die

Den 20. Juni freihalten!

Wer verreist, besorge sich einen Stimmzettel!

Verschiedentlich wird versucht, Arbeiter und Angestellte am Tage des Volksentscheids von der Abstimmung fernzuhalten durch Veranstaltung von Ausflügen und Dampferpartien, die von den Unternehmern bezahlt werden. Es ist selbstverständlich, daß derartige Absichten von vornherein vereitelt werden müssen.

In solchen Fällen aber, in denen eine Reise unausschießbar ist, müssen die Betroffenen sich rechtzeitig einen Stimmzettel besorgen, mit dem sie an jedem Wahlort in Deutschland zum Volksentscheid gehen können. Das gleiche gilt für alle, die schon in Urlaub und verreist sind. Sie müssen sich sofort schriftlich einen Stimmzettel bei ihrem heimatischen Wahlamt, in Berlin bei den Bezirksämtern, besorgen.

Da es aber für gewerkschaftlich wie für politisch organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht nur auf Stimmabgabe ankommt, sondern auch um die Beteiligung an den Wahlarbeiten einschließlich der Heranziehung gleichgültiger und der Aufklärung schwankender Wähler, ist es auf alle Fälle ratsam, auf jede Entfernung vom Wahlort am 20. Juni, soweit sie nicht unbedingt notwendig ist, zu verzichten. Läßt sich diese Entfernung aber wirklich nicht vermeiden, so heißt es: Stimmzettel nicht vergessen!

beliebten Schimpfworte, wie Judenknacht usw. Der Vertreter der Studentenschaft drohte abermals mit dem Abzug aus Hannover. In einer Entschuldigungsrede wurde dem Kultusminister das Mißtrauen ausgesprochen und der Vorwurf gemacht, er habe die Studenten Hannovers, die sich keiner strafbaren Handlungen schuldig gemacht hätten, dem Staatsanwalt denunziert.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fühlte sich auf seiner Hamburger Tagung berufen, auch politisch von sich reden zu machen. In einer scharfen Entschuldigungsrede gegen die Hausdurchsuchungen bei deutschen Wirtschaftsführern protestierte, weil durch diese Hausdurchsuchungen — nicht etwa durch die Putschgelüste — das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft untergraben worden sei. Darüber hinaus drückten die Herren von Eisen und Stahl in einem Telegramm der hannoverschen Studentenschaft ihre Sympathie aus für das rüpelhafte Vorgehen gegen Professor Lessing.

Beder wird energisch.

Ein Interview des Kultusministers.

Einem Mitarbeiter des Wolffschen Bureaus hat der preussische Kultusminister über die Zustände an der Technischen Hochschule Hannover folgendes erklärt:

Ich bedauere lebhaft, daß sich eine in ihrer überwiegenden Mehrheit jauchend eingestimmte Studentenschaft zur offenen Auflehnung gegen die Hochschulbehörde und damit gegen die Staatsautorität hat verleiten lassen. Noch bedauerlicher ist es, daß die Studenten durch eine Reihe von Stimmen in der Öffentlichkeit in ihrer Auflehnung gegen Hochschule und Staat unterstützt und ermutigt worden sind. In der richtigen Erkenntnis, daß es sich um den Schutz von Grundrechten der Hochschule und des Staates gegen rebellierende Staatsbürger handelte, hatte die Hochschulbehörde bestimmte Anordnungen getroffen und bekannt gegeben, die Lehrfreiheit, Ruhe und Ordnung

Revue? Nein, sondern 21 Auftritte, in denen irgendeiner Blödsinnigkeit die Nase gedreht wird. Man freischt nicht vor Begeisterung, aber man glaubt ein Stück Bananentum zu überwinden. Und dazu Wassenhauer, für deren Vortrag die stadmagere und stockheißere Dame Margot Lion dreifertigt ist.

Vom Parquet lassen sich diese Bühnenbilderchen ablesen. Im Renaissance-theater. O, welches Parquet! Welche Dalesatmosphäre! Welche Finsternis! Welche Rottenschwermut! Ausläuten! Oder die Bude ganz zu, wenn es nicht mehr reicht, um ihr neue Ansehlichkeit zu geben! Ein Insultationstheater verfaßt und ist reich für den Abbruch. Marcellus Schiffer, der den Inflations-schmerz abschafft, verdient schon ein freundlicheres Haus. Und ebenso seine Sommerkameraden Elise Eher und Stepha Krassjema und Leonhard Steffel und Fräulein Corder und Herr von Twardowski und noch mancher andere, der zusammen mit zwei wackelhaften Regern agiert.

In zwei Tagen von Amerika nach Europa. Die Amerikaner erwarten für diesen Sommer eine Rekordleistung, die alle bisherigen Leistungen der modernen Schiffe in den Schatten stellen würde. Nach dem Bericht in „Handel und Industrie“ ist der amerikanische Motorsportsmann, Car Wood, gegenwärtig damit beschäftigt, ein Motorboot konstruieren zu lassen, mit dem er den Ozean innerhalb zweier Tage zu kreuzen hofft. Die Fahrt soll bereits in diesem Sommer ausgeführt werden. Das Boot, das eine Geschwindigkeit von 163 Kilometer besitzt, ist 30 Meter lang und hat Raum für sieben Personen; sein Benzintankbehälter faßt 160 Hektoliter, doch wird die Einrichtung getroffen, daß der Benzinvorrat etwa auf der Hälfte der Fahrt erneuert werden kann.

Die Möglichkeit einer zweitägigen Amerika-Europa-Fahrt wird nun jedenfalls, und zwar besonders in Frankreich, stark angezweifelt werden. Car Wood hat jedoch schon so grobkörnige Beweise von der Leistungsfähigkeit seiner Motorboote geliefert, daß ein Erfolg seines Vorhabens wirklich nicht ausgeschlossen erscheint. Er hat vor kurzer Zeit auf dem Hudson, nicht nur den schnellsten Zug Amerikas, der von New York nach Albany fuhr, sondern auch den Expresszug, der von New York nach Florida raste, um volle 41 Minuten überholt, also glatt geschlagen. Da nun das neue Motorboot, mit dem er die Europafahrt zu machen beabsichtigt, nach demselben Typ gebaut, aber nur für eine größere Geschwindigkeit entworfen ist — die Geschwindigkeit ist um 20 Kilometer pro Stunde erhöht — so kann es wohl möglich sein, daß die Ueberfahrt bei normalem Seegang in wenigen Tagen erfolgt.

Röntgendurchleuchtung im hellen Zimmer. Die Technik der Röntgendurchleuchtung hat, wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird, eine sehr wichtige Veränderung erfahren. Durch Verwendung komplementärfarbenen Lichtes hat man es dahin gebracht, daß die Durchleuchtungen auch im hellen Zimmer vorgenommen werden können. Damit sind alle die Leibelstände beseitigt, die bisher der ärztlichen Diagnose im verdunkelten Raum entgegenstanden, und auch die Beeinträchtigung des Patienten durch die völlige Dunkelheit wird ausgeschaltet. Man bedient sich zur Beleuchtung des Zimmers einer Rotlampe mit drei Glühbirnen, durch die der Raum schwächer oder stärker erleuchtet werden kann.

sicherstellen sollten. Diesen Anordnungen hat sich ein Teil der Studentenschaft nicht nur widersetzt, sondern sie unter

Anwendung von roher Gewalt

außer Kraft gesetzt. Auch für Studenten sind die Staatsgesetze in Geltung und müssen bei ihrer Uebertretung gegen sie angewandt werden. Das Verfahren gegen Privatdozenten und Professoren, die sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, ist rechtlich geregelt. In dem vorgeschriebenen rechtlichen Verfahren sind die Beschwerden über Professor Lessing im vorigen Jahr geprüft worden. Professor Lessing ist die Mißbilligung des Ministeriums ausgesprochen worden. Kein Staatsbürger hat das Recht, eine Entscheidung, die sein Einverständnis nicht findet, durch Anwendung von Gewalt umzustoßen. Denn

wir leben nicht in der Zeit des Faust- und Fehderechts.

Jede andere Auffassung muß zur Auflösung der Hochschul- und Staatsordnung führen. Das illegale Vorgehen der Studentenschaft, das sich heute gegen Professor Lessing wendet, kann sich

morgen gegen jeden anderen Dozenten

wenden, der aus irgendwelchen Gründen einem Teile der Studentenschaft nicht paßt. Es ist daher auch in hohem Grade bedauerlich, wie aus Kreisen heraus, die mit Worten für Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität, für Ordnung und Disziplin eintreten, das Vorgehen der Studentenschaft eine mehr oder weniger verdeckte moralische Unterstützung erfährt. Besseres gilt insbesondere auch von den Äußerungen einzelner Professoren in der Öffentlichkeit. Die Studenten treiben in der Angelegenheit Lessing nichts anderes, als daß sie an Stelle von Recht und Gesetz den Behörden das Recht der Strafe aufzwingen wollen. Das ist nackter Terror — der nicht weniger Terror wird dadurch, daß er ein akademischer ist. — Das kann in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden und wird von der preussischen Regierung auch nicht geduldet werden.

Man muß erwarten, daß dieser energischen Erklärung des Ministers auch Taten folgen.

Mannesmann-Kredite.

Ein Beschluß des Reichshaushaltsausschusses.

Im Ausschuss für den Reichshaushalt wurde in der Sitzung vom Sonnabend nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten der folgende Beschluß angenommen:

„Der Haushaltsausschuss stimmt der Uebernahme einer Kreditgarantie zur Sicherstellung des Marokkobezuges der Gebrüder Mannesmann im überwiegend deutschen Besitz zu.“

Eine kritische Stellungnahme zu diesem Beschluß, der dem § 2 des Staatsgesetzes offenbar widerspricht, und uns auch sonst sehr bedenklich erscheint, behalten wir uns vor.

Die Wahl in Mecklenburg.

Amthliches Ergebnis.

Schwerin, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach den amtlichen Feststellungen sind bei der Landtagswahl am 6. Juni an Stimmen abgegeben worden für die Sozialdemokraten 114 404 (1924: 74 924), Deutschnationale 63 237 (1924: 95 176), Bältische 26 160 (1924: 63 511), Nationalsozialisten 4607, Kommunisten 18 463 (1924: 44 765), Volkspartei 23 430 (1924: 23 962), Demokraten 8 475 (1924: 11 738), Wirtschaftspartei 16 146 (1924: 5122), Mieterpartei 7287. Die Wahlbeteiligung betrug 69,4 Proz. Es entfallen an Mandaten auf die Sozialdemokraten 20, Deutschnationale 12, Bältische 5, Kommunisten 3, Volkspartei 4, Demokraten 2, Mieter 1, Wirtschaftspartei 3, Nationalsozialisten 0.

Islamitische Kongress in Mekka. Ibn Saud, König von Hedschas, eröffnete in Mekka einen Kongress zur Prüfung der Frage der Zukunft der heiligen Städte und der Frage des Kalifats. 50 Vertreter Indiens, Rußlands, Javas, Syriens, Palästinas, Ägyptens, des Hedschas, Meschids und des Sudans nahmen an dem Kongress teil.

Briand-Anekdoten.

Das war beim ersten Zusammentritt des Kabinetts Poincaré im Jahre 1925. Beim Eintritt in das Beratungszimmer standen Briand und Cailleau, die einander seit langem nicht grün waren, sich Auge in Auge gegenüber.

— „Allo, sagte Poincaré, verzeiht euch. Es liegt im Interesse der Republik. Vergeßt euren Streit und drückt euch die Hände!“

Cailleau und Briand schüttelten sich die Hände und umarmten einander wie einst Clemenceau und Poincaré in Straßburg.

— „Ich wünsche Ihnen alles, was Sie mir wünschen, Briand!“ sagt Cailleau.“

— „Da fängt er schon wieder an,“ erwiderte Briand vorwurfsvoll.

In einer Kammer Sitzung ging es wieder einmal um die befreiten Gebiete.

Ein Abgeordneter bestieg die Tribüne und sagte ausführlich alles das, was er zu sagen hatte. Nach ihm ergriffen alle anderen Abgeordneten der befreiten Gebiete das Wort und wiederholten daselbe. Wie hätten sie die Leiden ihrer Wähler verschweigen können?!

Briand, der diesen endlosen Redewerbelmarsch anhören mußte, murmelte:

— „Die Deutschen haben die Städte zerstört, aber nicht die Wahlkreise!“

Die Deutsche Hochschule für Politik zählte, wie in der Semester-sitzung festgestellt wurde, im Winter über 700, im Sommer 500 Studenten. Ein politisches Seminar ist mit 40 Teilnehmern eröffnet worden. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Jugendgruppen weist einen regelmäßigen Besuch von 80 bis 100 Hörern auf. Neben den Vorlesungen des Hauptlehrganges konnten zahlreiche Sonder-turfe und Einzeloorträge abgehalten werden.

Roswitha-Gedenkfeste. In Wandersheim, dem altertümlichen braunschweigischen Städtchen, feierte man die älteste deutsche Dichterin, Roswitha, die dort im 10. Jahrhundert Ronne im Benediktinerkloster war. Sie hat die ersten deutschen Kunstdramen (in lateinischer Sprache) in Nachahmung des Terenz verfaßt und (freilich unter moralischen Tendenzen) darin Szenen aus dem Dürren-sehen behandelt, die die Zeloten von heute noch in Unruhe versetzen könnten. Es ist erquicklich, daß die erste deutsche Dichterin — Roswitha hat auch Legenden und historische Gedichte geschrieben — und die erste deutsche Dramatikerin so hoch über vielen ihrer weiblichen wie männlichen Nachfolger stand.

Erstausführungen der Woche: Donnerstag: Volkshäuser. Der blühende Reich. — Sonnab. Schüler 14: „Die Fahrt nach der Sibirien.“

Urania-Vorträge. Sonntag (5 u. 9 Uhr): „Cuo vadis?“. Täglich: „Die Biene Raja“. Täglich außer Dienstag und Freitag: „Krieg gegen Krieg.“ Ab Montag (täglich 5 u. 9 Uhr): „In den Treppentritten der großen Welt.“ (7): „Die letzte Drohke.“

Im Wallner-Theater beginnen ab Sonntag die Vorstellungen von „Der heilige Brunnen“ und „Blanco Posnets Erwödung“ um 8.15 Uhr.

„Fatinija“.

Städtische Oper.

Die einst viel gerühmte, durch die ganze Welt gesungene Operette Suppés hat auch heute, 50 Jahre nach ihrer Entstehung, noch schlagereiche Reize und Kräfte. Es ist eine der ersten Operetten, in denen eine Mann-Weib-Doppelrolle steht, das gibt zu Verwechslungen aber auch zu Textschwierigkeiten Anlaß. Es geht ein bißchen schnell und tunterbunt durcheinander. Eine Fatinija existiert gar nicht. Der Beutnant Wladimir hat aus Liebe zu einer Frau einmal Damenkleider angelegt, wurde aber von einem Liebhaber von General verschleudert, der sich in sie verliebte. Nun hat dieser Bär eine Richtige Nydia. Und just in diese verliebt sich jetzt Wladimir. Daß diese Späße gelingen und zu gutem Ende führen, bringt nur die Fügigkeit eines Kriegsberichterstatters zuwege, des ersten wohl, der auf der Operettenbühne stand und schrieb. Suppé hat in einem russischen Soldatenlied, in einem türkischen Chor, in der Ouverture, im Couplet mit dem Refrain „wie schade“, in einem Liebeslied und einem hingestülptesten Presto-Quintett dankbarste und gefälligste Musik geschrieben. Die Begleitung dieser so einfach anmutenden Dinge (auch der Journalist und der Pascha haben ihre eigenen Strophen) ist von außerordentlicher Feinheit, die Instrumente sind sinnvoll, ja geistreich behandelt. Es ganz großen Schläger bewahrte sich Suppé für den Schlusssatz. Es ist der kleine Marsch, auf den einst der Text gemacht wurde: „Du bist verrückt, mein Kind“. Er soll, nach dem Bericht Wissender, dem Verleger Suppés Millionen eingebracht haben. Jedenfalls ist er zündend, teuf, frisch, noch heute. — Die „Fatinija“ ist eine Wiener Operette, der auch der Wotzer nicht fehlt. Ge spielt wurde diese leichtschwingende Arbeit teils wie eine Oper, teils als Grotteske, teils als Posse. Da stimmt etwas nicht in den Stilen. Marie Schulz-Dornburg, für deren große Charakterisierungskunst wir begeistert eintreten, ist als Fatinija ganz fehl am Ort. Dieser Mangel an Charme in Bewegung und Tanz, dieses Gewollte an Ausdruck, dieses Geprüfte an Stimme verfiel vor der Eleganz einer Partie, für die nur edles Sou-bretteblut taugt. Auch Margret Bahl-Wallenstein hat etwas von dieser Erdenchwere; diese schöne Blondheit fängt zuweilen, als wäre ihr das Singen weh. Im Schlusssatz wird sie endlich froh und lebendig, schelmisch und beweglich. Die Humore waren bei dem laugroben Generalskarenen A n d ' s und dem außerordentlich klar sprechenden, selbständig miselnden Sauffelwedel Beschners ausgehoben. Steier spielte flott den Reporter, und Hans J a n d e r dirigierte wie in alter Zeit: solide, gut, ohne Auffälligkeiten.

R. S.

Hundstagsrevue. Literarische Sperlingspeise, hier und dort ausgepickt. — Marcellus Schiffer reimt von Beruf Kabarett-couplets. Er tut es in der Umie Walter Mehrings, der vom Breiff in die erste Christstillerlei auswandern möchte und daher eine verpflichtende Ernsthaftigkeit hinterläßt. Schiffer ist der richtige Schnurrisierer. Er wird vom Einfall gekittet. Er ist nicht prüde für sich und auch nicht schüchtern, wenn er die Welt anpölnert. Er ist nicht läbig und auch nicht zu bitter; selbst wenn er eine Hundstagsrevue vorbereitet, steckt er die Spießher in den Saß.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

5000 neue Erwerbslose in Berlin.

Im Gegensatz zu den Berichten aus dem Reich ist festzustellen, daß in Berlin die schwere Krise am Arbeitsmarkt immer noch fortschreitet. Während sich die ohnehin sehr hohen Arbeitslosenzahlen in der letzten Woche um rund 3000 erhöhten, liegen sie in dieser Woche um 5000, so daß der Stand jetzt 254 623 beträgt. Dieser starke Zugang ist unter anderem auf das Nachlassen des Beschäftigungsgrades in der Konfektionsindustrie und auf die geringe Bautätigkeit zurückzuführen.

In den Berufsgruppen des Baugewerbes ist das Ansteigen der Erwerbslosenziffern als recht erheblich zu bezeichnen, während die Metall- und Holzindustrie nur in geringerem Umfang eine Steigerung aufweisen. Befragungen irgendwelcher Art sind kaum zu Tage getreten oder so geringfügig, daß sie für den allgemeinen Arbeitsmarkt ohne Bedeutung bleiben. Ein beachtenswertes Zeichen für den enormen Grad der jetzigen Arbeitsmarktkrise ist, daß ein großer Teil Arbeitssuchender bereits ohne wesentliche Unterbrechung seit Anfang des Jahres sich auf den Arbeitsnachweiser erfolglos um Beschäftigung bemüht. Auch eine Abwanderung in andere Berufe oder ungelernete Arbeit, die in früheren Zeiten für manchen noch einen Ausweg bedeutete, kommt bei der gegenwärtigen Lage kaum in Frage, da auch hier keine Aufnahme-fähigkeit besteht. Insgesamt muß gesagt werden, daß der gesamte Arbeitsmarkt recht trostlos ist und kaum Aussichten auf Besserung für die aller nächste Zeit vorhanden sind.

Es waren 254 623 Personen bei den Arbeitsnachweiser eingetragene, gegen 249 824 der Vorwoche. Darunter befinden sich 166 505 (163 975) männliche und 88 118 (85 849) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 132 943 (131 451) männliche und 62 461 (61 371) weibliche, insgesamt 195 404 (192 822) Personen. Außerdem wurde noch an 30 411 (29 430) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 3999 (4182) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Faschistische Opferschändung.

Sie hören eine Matteotti-Feier!

Genf, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In einer von der Sozialdemokratischen Partei Genf am Freitag abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung zum Andenken an Matteotti kam es zu Zusammenstößen mit einer Gruppe von etwa 40 italienischen Faschisten, welche in zwei geschlossenen Gruppen angeordnet waren und die Versammlung stark provozierten. Nach der ersten Rede soll ein Versammlungsteilnehmer „Ruffolini ist ein Mörder!“ gerufen haben, worauf die Faschisten mit „Es lebe Ruffolini!“ und Stoßschlägen auf den Boden antworteten. Das war das Zeichen zu einem heftigen Handgemenge, in welchem mit Stühlen geschlagen und eine Anzahl Personen verletzt wurde. Ein junger Genfer Anarchist Tronchet gab zwei Revolver-schüsse ab, die jedoch niemand trafen. Unter den 20 von der Polizei abgeführten befanden sich 17 Faschisten, darunter der Bizekonsul Vinci, ein Generalsekretär der faschistischen Gewerkschaft und mehrere italienische Beamte des Völkerbundssekretariats und des Internationalen Arbeitsamtes. Nach der polizeilichen Vernehmung wurden sämtliche Verhaftete mit Ausnahme des Tronchet freigelassen.

Wieder ein Heberfall auf den „Avanti“.

Lakland, 12. Juni. (WLB.) Faschisten drangen in die Redaktion des Avanti ein und zerstörten das Mobiliar. Ein sozialistischer Führer, der sich in den Redaktionsräumen aufhielt, wurde verprügelt.

PPS. und Pilsudski.

Der polnische Ministerpräsident Bartel leidet nach dem Eisenbahnministerium, ist aber aus sachlichen wie aus gesundheitlichen Gründen nicht imstande, dieses Amt wirklich auszuüben. Nun hat der polnische Sozialist Abg. Moraczewski die Stelle eines Unterstaatssekretärs in diesem Ministerium angenommen. Er ist Eisenbahningenieur von Beruf, war einst hoher Eisenbahnbeamter in Österreich (Galizien) und wurde schon 1911 ins Parlament zu Wien gewählt. Im wiedererrichteten Polen war Moraczewski sein erster Ministerpräsident. Vor einiger Zeit hat er eine schwere Krankheit überstanden und wurde, als er auf dem Neujahrskongress der PPS, noch mit verbundenem Kopf und mühselig schreitend, erschien, stürmisch begrüßt. Er ist ein Führer der gemäßigten Richtung in der PPS. und ein Freund und Willkommener Pilsudskis in Sulejow. Dies mag erklären, daß Moraczewski trotz der offenbar zunehmenden Enttäuschung der Arbeiterschaft und darum auch der PPS. über Pilsudskis Tätigkeit wieder in den Staatsdienst eingetreten ist — allerdings in einer Funktion, die nicht politisch zu sein braucht, sicher aber Moraczewskis altem Beruf entspricht; mag sein, daß patriotisches Pflichtgefühl hier stark bestimmend war.

Pilsudski gegen Neuwahlen.

Warschau, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Außer den Sozialisten haben auch die Bauernpartei und selbst die Zygunt-Partei, der der Ministerpräsident angehört, die Forderung nach Auflösung des Parlaments und Neuwahlen im Oktober erhoben. Dagegen ist Pilsudski gegen Neuwahlen, er will eine möglichst lange Vertagung des Parlaments, während der durch Verordnungen mit Zustimmung eines Staatsrates von etwa 30 Mitgliedern regiert werden soll. Mit dieser Forderung hat sich Pilsudski in Widerspruch zu sämtlichen Linksparteien gesetzt und sich das politische Programm der Rechten zu eigen gemacht.

Briand über Marokko.

Frankreich gegen eine Mittelmeer-Konferenz.

In der gestrigen Kammerdebatte über Marokko, aus der nur die eine Tatsache hervorgehoben ist, daß Briand gegenüber Anspielungen des Kommunisten Doriot auf die Möglichkeit der Einberufung einer internationalen Marokko-Konferenz erwiderte, es bestünde zu einer solchen Einberufung absolut kein Grund. Auf den Hinweis auf italienische und englische Bitterstimmen entgegnete Briand, Zeitungsstimmen genügen nicht, um die Einberufung einer internationalen Konferenz zu rechtfertigen. In einer Angelegenheit wie dieser habe Frankreich seine Stimme und seine Autorität. Als Doriot dabei blieb, daß Italien eine Revision des Mittelmeerstatutes erstrebe, wie die Reise Mussolinis nach Tripolis und das faschistische Kolonialprogramm zeige, antwortete Briand schroff: „Rischen Sie sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder ein.“

Es will uns scheinen, daß der französische Ministerpräsident gegenüber dem italienischen Faschismus überhaupt — und nicht nur in diesem Fall — eine gefährliche Vogelstraußpolitik treibt. Bedenfalls haben sich in den letzten Tagen die Stimmen der faschistischen Presse gemehrt, die energischer denn je eine Beteiligung Italiens an der Neuordnung der Besitzverhältnisse im Mittelmeer verlangen. Es ist fraglich, ob Frankreich mit bloßen Redensarten diesem brennendem Problem wird ausweichen können.

Helfst dem Rechte zum Siege!

Ueberfüllte Kundgebungen.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses hielten unsere Genossen von der 3. Abteilung gestern abend ihre öffentliche Kundgebung für den Volksentscheid ab. Alt und jung war zusammengekommen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Fürsten nichts haben sollen. Genosse Aufhäuser, der das Referat hielt, fand mit seinen Ausführungen die stürmische Zustimmung der Zuhörer. Warum sollen die Fürsten besser leben als wir? Wir sind unschuldig an dem Kriege und an den Hungerjahren, aber die Fürsten nicht. Sie haben die Not herbeigeführt, und jetzt wollen sie nichts zu ihrer Verrückung beitragen. Hindenburg wirft uns in seinem bekannten Briefe Mangel an Traditionsgefühl vor. Wir kennen die Geschichte, und gerade weil wir sie kennen, sind wir für Enteignung. Heute gilt das Recht, das sich auf die Verfassung stützt. Dieses Recht geht vom Volke aus. Wir täuschen uns nicht über die Schwierigkeiten, aber wir sind uns sicher, daß das Recht am 20. Juni siegen wird.

Für die 32. Abteilung sprach in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, Genosse Bernhard Göring vor vollbesetztem Saal für den Volksentscheid. Vom Appell Hindenburgs, der durch sein persönliches Eingreifen sich offiziell auf die Seite der Gegner gestellt habe, ausgehend, schilderte der Referent in beredten, überzeugenden Worten die große Wohnungsnot, das zunehmende Elend der Erwerbslosen, der Witwen und Waisen. Hier sozialer Gerechtigkeit, dort ungläubliche Forderungen egoistischer Habgier, die mit dem Wörtchen „Gerechtigkeit“ von der gegnerischen Seite bemantelt werden. So sieht also das Volkrecht des verarmten Deutschlands aus, wenn es sich um Forderungen arbeitender Klassen handelt. Der Volksentscheid allein wird es zeigen, ob wir im Ausland unsere bisherige Geltung als Volk wirtschaftlichen Aufbaues oder Unterganges behalten werden oder nicht. Den zu Herzen gehenden Worten des Redners, die klar und nüchtern Tatsachen in Phrasen gegenüberstellten, folgte reicher Beifall der Anwesenden.

In einer stieliger Kundgebung sprach Genosse Pflatter Bleier in der Aula des Gymnasiums Heesestraße. Der Saal war überfüllt, und doch drängten sich noch immer Nachzügler zur Versammlung. Unter den Zuhörern befanden sich auffallend viel Vertreter des Mittelstandes. Die Rede des Vortragenden fand reifliche Zustimmung und wurde oft durch spontane Beifallsäußerungen unterbrochen. Die Stellung der Kirche zu der Enteignungsfrage wurde u. a. besprochen. Die Kirche, in der Furcht, die Enteignung auch auf sich ausgeht, zu sehen, unterläßt die Fürsten. Sie schadet sich damit selbst; denn das letzte Ansehen, das sie noch besitzt, muß sie bei allen rechtlich denkenden Menschen verlieren. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners am Schluß. Zur Diskussion meldete sich niemand. Auf Argumente des Rechtes kann man nach so eindringlichen Ausführungen eben nichts entgegenbringen. Mit einem Hoch auf die Republik trennte sich die Versammlung.

Für den Bezirk Bilmersdorf sprach in den Fioraläden, Halensee, Genosse Dr. Kurt Löwenstein ein zunächst gegen die Tatist des Hindenburg-Briefes. Hindenburg habe wenig von Ebert gelernt, der allerdings nicht in der Rabeltanntank gewesen wäre, aber gemut hat, was er seinem Volk schuldig ist. Der Volksentscheid ist in der Verfassung verankertes Recht, und wenn ein Reichspräsident sich gegen ihn wendet, stellt er sich in Widerspruch zur Verfassung. Den deutschen Fürsten war alles Recht. Sie traten ihr Volkstum so schamlos mit Füßen, wie man es in der Geschichte anderer Völker vergeblich sucht. Ein nobler Herzog Karl von Braunschweig wurde 1830 fortgejagt. Da stoh er nach Genf, stahl seinem Lande 30 Millionen und einen großen Diamantenschatz, um ihn der Stadt Genf zu vermachen, falls sie ihm ein Reiterstandbild setze. Preußen beschlagnahmte den Welfenfonds, so sogar das Privatvermögen des Bankiers der Könige von Hannover und verwendete das Geld zur Bekämpfung

der Sozialdemokratie. Um sich in der Wart anzusiedeln zu können, pumpten sich die Hohenzollern vom Wiener Hofjuden 300 000 Mark. Sie haben ein glänzendes Geschäft gemacht. Ihr Wilhelm der Flüchtling aber sagt: „Das Wesen der Demokratie ist unerfüllliche Geldgier“, als die Stadt Mißhausen ihn um ein Autogramm bittet. 2 Millionen sind tot, 2 Millionen Invaliden und Krüppel, 2 Millionen Erwerbslose! Können sie uns das je wieder ersetzen? Sie sollen sich hüten, sonst hat die Vammgsgebüß des Volkes wirklich ein Ende mit Schrecken, bei dem sie mit ihrer Haut zahlen müssen.

Riefenkundgebung auch in Spandau.

Am Freitag abend versammelten sich auf den Ruf der SPD. Spandau auf dem großen Platz vor dem Rathaus etwa 30 000 Männer und Frauen, um für die Fürstenenteignung zu demonstrieren. Adolf Hoffmann hielt eine wiederholte von stürmischen Beifall unterbrochene Rede, worin der alte Kampf besonders seiner Freude über das starke Wachstum der Sozialdemokratie in dem ehemals königlichen Spandau Ausdruck gab. Spandau steht bekanntlich mit 44,3 Proz. sozialdemokratischer Stimmen an der Spitze der Groß-Berliner Bezirke. Die Teilnehmerzahl des sich an die Kundgebung anschließenden Festzuges mit Musik- und Trommlerchor, Schildern und Fahnen war schließlich derart angewachsen, daß zwei Umzüge, einer in Richtung Neutadt und einer in Richtung Wilhelmstadt, formiert werden mußten. Ganz Spandau stand am Freitag im Zeichen der von der SPD. aufgerufenen Riefenkundgebung für den Volksentscheid.

Die Maßnahmen der Polizei am Sonntag.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:

Am kommenden Sonntag finden in Berlin Kundgebungen größeren Umfangs für und gegen den Volksentscheid über Enteignung der Fürstenermögen und andere Veranlassungen, zum Teil sportlicher Art, statt. Das hierdurch bewirkte Zusammenströmen zahlreicher Anhänger entgegengesetzter politischer Richtungen während fast gleicher Tagesstunden muß in sicherheitspolizeilicher Beziehung starke Bedenken erregen. Trotdem ist von einem Verbot oder einer wesentlichen Einschränkung der geplanten Kundgebungen Abstand genommen worden. Denn das Recht zu Demonstrationen und freier Meinungsäußerung steht verfassungsmäßig jedem Staatsbürger und jeder Partei zu, und die ungehinderte Ausübung dieses Rechts soll unter allen Umständen ermöglicht werden, obwohl durch an die Polizeibeamten wieder einmal ganz außerordentliche Anforderungen gestellt werden. Die Verantwortlichen der einzelnen Kundgebungen haben sich dem Kommando der Schutzpolizei gegenüber in eingehenden Verhandlungen zur Innehaltung ganz bestimmter Bedingungen verpflichtet, von deren sorgfamer Beachtung die reibungslose Abwicklung der Demonstrationen am kommenden Sonntag abhängt. Deshalb muß vor allen Dingen von den an den Kundgebungen beteiligten Kreisen zunächst erwartet werden, daß sie sich den Maßnahmen der Verantwortlichen und Führer unbedingt fügen, darüber hinaus aber von ihnen und von der Bevölkerung Berlins überhaupt, daß die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und des Verkehrs ergehenden Anordnungen der Polizei Folge geleistet und alles unterlassen wird, was andere zu stören geeignet wäre. Die Polizei wird jedem Störungsvorfall rücksichtslos entgegenzutreten.

Der Prozeß Gerth.

Der Staatsanwalt beantragt zwölf Jahre Zuchthaus.

Der heutigen Gerichtsverhandlung wohnten von den interessierten Personen außer einem Dienstkameraden die Schwiegermutter und die Frau des Angeklagten bei. Es ist unmöglich, ohne Rütteln auf diese bescheidene kleine Frau zu schauen, als der Staatsanwalt alle Einzelheiten, noch einmal die gräßliche Tat, durchgeht.

Der Staatsanwalt nimmt in seinem Plaidoyer die psychiatrischen Gutachten außer Acht; operiert mit dem unwissenschaftlichen Begriff „sinnlose Trunkenheit“ und glaubt auf diese Weise sich über die wissenschaftlich begründete Meinung der bestrenommierten Berliner Ärzte hinwegzusetzen. Er erklärt, daß die Sachverständigen die Opfer des Aufzugs der psychologischen Einfühlung und der Stimmungsmache selbst für die bösartigsten Verbrecher sind und appelliert an die Souveränität und den gesunden Menschenverstand der Richter. Es bedürfte keiner Sachverständigen, um den Ernst einer im Rausch begangenen Tat zu beurteilen; es genüge dazu die eigene Lebenserfahrung. Die Tötung der Hoffmann und der Trautmann qualifiziert er als Totschlag. Die Allgemeinheit wird es nicht verstehen, wenn das Gericht den Leuten des Mitleids erliege und in Widerspruch mit dem echten deutschen Gefühl Totschlag nicht als Totschlag bezeichnen würde. Die Unterbringung in der Irrenanstalt bedeutet keinen Schutz der Gesellschaft. Der Angeklagte selbst forderte die Exekution. Zwölf Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von zwei Jahren drei Monaten Untersuchungshaft und zehn Jahre Ehrverlust würden genügen, um das geschriebene Unrecht zu sühnen. Dann beginnt Dr. Frey sein Plaidoyer mit den Worten: „Die Rede des Staatsanwalts war juristisch hervorragend, kriminalpolitisch überholt, schwurgerichtlich glänzend und für Gerth falsch.“ Er stellt darauf eine ganze Reihe von neuen Beweis- anträgen, die sich auf die Rede des Staatsanwalts beziehen. Das Gericht entfernt sich dann zur Beschlußfassung.

Abstimmungsleiter beim Volksentscheid.

Zur Durchführung des Volksentscheids über Enteignung der Fürstenermögen sind von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Berlins folgende Abstimmungsleiter ernannt worden: a) für den Stimmkreis 3 (Potsdam II) Dr. Bihdamm, Stellvertreter Regierungsrat Dr. Freiherr von Ziegehar; b) für den Stimmkreis 4 (Potsdam I) Regierungsrat Dr. Jacobi, Stellvertreter Regierungsrat Wollmar; c) für den Stimmkreis 2 (Berlin) Stadtrat Dr. Richter, Stellvertreter Stadtrat Brühl; d) für den Stimmkreis 5 (Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen) Regierungsdirektor Rosch, Stellvertreter Regierungsdirektor Dr. Ritz.

Eine neue Ehe- und Sexualberatungsstelle.

Der Deutsche Bund für Ritterschutz, Ortsgruppe Berlin, eröffnete gestern in den Räumen des Bezirksamtes Friedrichshain, Gesundheitsamt, An der Schillingstraße 2, eine Ehe- und Sexualberatungsstelle. Frau Dr. phil. Helene Städler begrüßte als 1. Vorsitzende die Anwesenden und sprach in schlichten, warmen Worten über Zweck und Ziele dieser Einrichtung. Die Bewegung für Ritterschutz und Sexualreform erwächst auf dem Boden froher, lebensbejahender Weltanschauung und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Erkenntnis von der Widerwärtigkeit gesellschaftlicher Zustände im immer weitere Kreise zu tragen. Die Verwirrung der heute herrschenden stillosen Wertungen, die daraus hervorgehenden persönlichen Leiden und sozialen Uebel schreien nach rascherer Abhilfe. Bereits im Jahre 1922 hat sich die englische Verzeihung auf dem Gebiete der Geburtenregelung große Verdienste erworben, indem von 164 Ärzten 161 erklärten, daß die Frage der Geburtenregelung eine der Hauptaufgaben des Arztstandes sei. Ebenso wurde dieses Thema voriges Jahr gelegentlich des 5. internationalen Kongresses in New York an erster Stelle behandelt. Auch Deutsch-

land muß nunmehr energisch trachten, den Forderungen der neuen Zeit zu entsprechen. Hamburg, Frankfurt, Mannheim, Breslau besitzen bereits solche Sexual-Beratungsstellen, ebenso Oesterreich. Die Einrichtungen Deutschlands auf diesem Gebiete unterscheiden sich von denen des Auslandes dadurch, daß sie nicht bloß das Problem der Ritterschutz, sondern den ganzen Komplex des Sexualgebietes zu erforschen trachten und in weiterer Folge alle darauf basierenden Uebel und seelischen Räte zu lindern und zu heilen versuchen. Jeden Donnerstag, abends von 7 bis 9 Uhr, findet in den oben-erwähnten Räumen kostenlose Beratung und Unternehmung für Männer und Frauen durch erfahrene, berufene Vertreter der Wissenschaft statt. Viele Ärzte und Ärztinnen, desgleichen Juristen von Namen und Ruf haben sich ehrenamtlich der guten Sache zur Verfügung gestellt.

Der Reichs-Arbeitersporttag im Stadion.

Der Beginn des morgen Sonntag im Stadion im Grunewald stattfindenden Reichsarbeitersporttages ist auf 1 Uhr festgesetzt. Dem Einmarsch aller teilnehmenden Sportler folgen die Wettkämpfe und Vorführungen auf der Laufbahn, dem Rasen, der Radrennbahn und dem Schwimmbassin. Die Omnibusgesellschaft fährt ihre Autobusse von 10 Uhr ab vom Alexanderplatz und vom Zoo verkehren.

Familiendrama in Berlin O.

Eine furchtbare Familiendrama wurde heute morgen kurz nach 9 Uhr im Osten Berlins in der Rüdersdorfer Straße 44 entdeckt. Aus der Wohnung der 45jährigen Witwe Hertha Biele drang starker Gasgeruch, was Hausbewohner veranlaßte, die Polizei und Feuerwehr zu alarmieren. Man drang gewaltsam ein und fand die schreckliche Vermutung bestätigt. In dem mit Gas gefüllten Zimmer lag Frau B. bereits bewußtlos, während die zwölfjährige Adoptivtochter Erna noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Sofort angestellte Wiederbelebungsoeruche hatten nur bei dem Kinde Erfolg. Frau B. war bereits tot. In sehr bedenklichem Zustande wurde die Tochter in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Nahrungsvorgänge sollen Frau B. zu dem Verzeihungsschrift getrieben haben.

Studentischer Bummel vor dem Herrenhaus. Am gestrigen Freitag abend sollte bekanntlich Professor Theodor Lessing von der Hochschule zu Hannover in dem Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses einen Vortrag halten. Der Vortrag war aber abgesetzt worden. Das wußten natürlich die Herren Studenten nicht und so waren sie denn, wie das heute wohl bei der akademischen Blüte der deutschen Nation so üblich ist, zum Empfang des ihnen mißliebigen Professors mit Stöcken und Knäueln erschienen, die sie mustelgeschwemmt auf den Bürgersteig stießen. Der mit so freundlichem Empfang Bedachte kam aber nicht und so zogen schließlich die Bummelanten mißmutig in ihre Bierquartiere.

Eine schwere Schlägerei gab es gestern spä abends in Treptow. In der Schankwirtschaft „Turteltaube“ an der Ecke der Großen- und Bohmühlenstraße gerieten der 35 Jahre alte Maurer Fritz Sch. und der 44 Jahre alte Moler Karl W., beide aus der Graefstraße, in einen Streit, der sich auf der Straße fortsetzte. Hier kam es zu Tätlichkeiten. Sch. schlug seinen Gegner nieder, so daß er einen Schädelbruch erlitt und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Sch. wurde nach der Wache gebracht.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten in der Röhrenstraße werden vom 14. Juni d. J. ab bis auf weiteres die Linie 4 über Altkönigstr., Potsdamer Str., Volkssänger Platz, Königgräber Str., und die Linien 24, 61, 67, 92 und 98 über Schöneberger Wer, Schöneberger Straße, Afkanischer Platz, Königgräber Straße (Linie 98 Schöneberger Str. — Anhalterstr.) umgeleitet.

Bewerkschaftsbewegung

Die Selben sind keine wirtschaftlichen Vereinigungen.
Auch nicht die im Landbund.

Diese Feststellung wurde erneut durch den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe gemacht. Auf eine Anfrage wurde dem Arbeitersekretariat Straßburg mitgeteilt:
„Der Pr. Minister für Handel und Gewerbe.“

3.-Nr. III 3899.

Berlin W. 9, den 30. April 1926.
Leipziger Straße 2.

Zum gefälligen Schreiben vom 3. April 1926, das von dem Herrn Wohlfahrtsminister an mich zuständigkeitshalber abgegeben worden ist.

Ueber die Frage, ob der Landbund als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes anzusehen ist, ist bereits vor mir im Jahre 1923 Entscheidung getroffen worden. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten kann ich die Arbeitnehmerabteilung im Landbunde nicht als eine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des angeführten Gesetzes ansehen. Die bezeichnete Arbeitnehmerabteilung kann also zu Vorschlägen im Sinne der §§ 9, 65 des NAG. nicht zugelassen werden.

S. A.: gez. v. Meyern.

Bei der kommenden Neubesehung der Verwaltungsausschüsse bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen und den Landesarbeitsämtern ist jeder Bescheid zu beachten.

Ein sechzigjähriger Metallarbeiterführer.

Alwin Brandes, einer der Vorstehenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist heute 60 Jahre alt. Brandes, in Großschönau in Sachsen geboren, erlernte das Schlosserhandwerk und kam dann nach Magdeburg, wo er noch unter dem Sozialistengesetz in Anschlag auf die Arbeiterbewegung stand. Im März 1900 wurde irrandes Angestellter der Magdeburger Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und nach mehr als 20jähriger Tätigkeit kam er als Leiter des Metallarbeiterverbandes nach Stuttgart.

Aber auch in der Parteibewegung war Brandes eifrig tätig, wurde Stadtverordneter in Magdeburg und in den 12 Jahren von 1912 bis 1924 vertrat er im Reichstag den Wahlkreis Scherleben-Halberstadt und dann den Wahlkreis Magdeburg-Anhalt. In Breslau war Brandes einer der Vorstehenden des Gewerkschafts-Kongresses. Alwin Brandes kann auf eine langjährige, vielseitige und erfolgreiche Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung zurückblicken. Möge es ihm vergönnt sein, als Mitvorsitzender der größten zwischen Gewerkschaften, seine Fähigkeiten und Erfahrungen noch nicht lange im Dienste der Organisation zu verwerten.

Volksscheid und Gastwirtsangestellte.

Wichtig für das Aushilfspersonal!

Alle Kollegen und Kolleginnen (Kellner, Köche und andere weibliche und männliche Angestellte), die am Sonntag, den 9. Juni 1926, eine Aushilfsarbeit nach außerhalb annehmen und deshalb nicht in der Lage sind, ihre Stimme zum Volksscheid über die Fürstenernteilung in ihrem Wohnbezirk abzugeben, empfehlen wir, sich sofort bei der zuständigen Registrarsstelle einen Stimmschein zu besorgen.

im Besitze eines solchen Stimm Scheines sind die Kollegen und Kolleginnen dann berechtigt, das ihrer Arbeitsstelle am nächsten liegende Abstimmungslokal aufzusuchen und dort ihre Stimme abzugeben. Bestimmt wird selbstverständlich nur mit Ja.

Festangestellte müssen vom Arbeitgeber auf jeden Fall die Zeit zur Vornahme der Abstimmung erhalten. Arbeitgeber, welche die Zeit dazu verweigern, sind auf Grund der Verfassung zur Anzeige zu bringen.

Die Arbeitszeit im Friseurgewerbe.

Sonnabends bis 8 Uhr abends.

Nach Einführung der völligen Sonntagsruhe machte sich eine besondere Regelung der Arbeitszeit an den Sonnabenden notwendig. Hoher ging laut Tarifvertrag die Arbeitszeit an Sonnabenden bis 8 Uhr abends. Die Arbeitnehmer hatten nun Klage darüber zu führen, daß nach Einführung der Sonntagsruhe die Arbeitszeit an Sonnabenden tarifmäßig vielfach bis ins Ungemessene ausgedehnt wurde. Die Arbeitgeber gaben zu, daß eine Ueberschreitung der arbeitszeit vorgekommen sei.

Die Verhandlungen ergaben ein Einverständnis darüber, daß die arbeitszeit einzuhalten ist mit Rücksicht auf die Einführung der völligen Sonntagsruhe, wobei die Beendigung der Arbeitszeit an Sonnabenden mit Wirkung vom 14. Juni auf 8 Uhr abends festzusetzen ist. Die Parteien waren sich darüber einig: eine Ueberschreitung dieser Arbeitszeit ist gesetzlich und berechtigt die Arbeitnehmer, jede Ueberschreitung dieser Arbeitszeit zur Anzeige zu bringen, ohne daß deswegen ein Vorwurf gegen die Arbeitnehmerorganisation erhoben werden kann. Die Arbeitnehmerorganisation wird nunmehr die Innehaltung der tariflichen Arbeitszeit an Sonnabenden streng überwachen und bei Ueberschreitung derselben Strafanzeige erstatten.

Die Arbeitnehmerchaft Berlins wird gebeten, auf diese Regelung der Arbeitszeit im Friseurgewerbe Rücksicht zu nehmen.

Gegen die Sonntagarbeit im Fleischergewerbe.

Der Zentralverband der Fleischer hatte für Mittwochabend nach den Festenfesten eine öffentliche Protestversammlung einberufen, um gegen die Wiedereinführung bzw. Erweiterung der Sonntagarbeit Stellung zu nehmen. Vor der überfüllten Versammlung sprach zunächst der 1. Vorsitzende der Zentralstelle Berlin, Benno Schulz, der u. a. den von der Wirtschaftlichen

Bereinigung am 27. Januar im Reichstag eingebrachten Antrag verplüßte, wonach Sonntagsarbeit bis zu fünf Stunden zugelassen werden soll. Er stellte weiter fest, daß sich u. a. die Fleischerinnung in Schöneberg dieser Partei korporativ angeschlossen hat, was nichts anderes bedeutet, als daß ein Teil der Fleischermeister die Wiedereinführung der Sonntagarbeit erstrebt. Bezeichnend sei es auch, daß auch der Vorsitzende des Fleischergehilfenbundes der Wirtschaftspartei angehöre. Jedenfalls wird der Zentralverband der Fleischer den von der Sozialdemokratie eingebrachten Gegenantrag auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe mit allen Kräften unterstützen.

Schulz kritisierte dann weiter das arbeiterfeindliche Verhalten der Berliner Fleischermeister, das in der Kündigung des Tarifvertrages und der Lohnabkommen zum 30. Juni zum Ausdruck kommt. Sie verlangen einen Abbau der Gehälter der Verkäuferinnen, Einstellung von Verkäuferinnen-Behrmädchen nicht unter 17 Jahren und, was das ärgste ist, Umgruppierung der jetzt im Angestelltenverhältnis stehenden Verkäuferinnen in „Gewerbegehilfen“. Dadurch würden für die Verkäuferinnen erhebliche Verschlechterungen bezüglich der Kündigung, der Bezahlung von Krankheitstagen und dergleichen eintreten. Diesen Generalangriff der Fleischermeister auf fast alle sozialen Errungenschaften ihrer Gesellen und Verkäuferinnen können diese nur begehnen, wenn sie sich alsamt dem Zentralverband der Fleischer anschließen.

Die anschließende Diskussion ließ erkennen, daß auch den Unorganisierten die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses allmählich klar wird, und die Berliner Fleischergehilfen und Verkäuferinnen nicht gewillt sind, ihre sozialen Rechte kampflos preiszugeben.

Die Versammlung stimmte der Entschließung zur Sonntagsruhe einmütig zu, die von der Konferenz des Zentralverbandes der Fleischer für den Bezirk Brandenburg-Pommern am 16. Mai gefaßt wurde.

Erfolgreicher Kampf gegen die „Vaterländischen“.

Die Hüttenwerke A. Meyer-Tempelhof sehen seit Monaten alle Hebel in Bewegung, sich einen Stamm nationaler Arbeiter zu züchten, die von den freien Gewerkschaften nichts wissen wollen. Mit den Arbeitern, die diese Firma vom Vaterländischen Arbeitsnachweis bezog, glaubte sie, die Mitglieder der freien Gewerkschaften in ihrem Betrieb einflusslos zu machen. Die Betriebsratswahl am 9. Juni hat jedoch die Firma bestimmt um eine Hoffnung ärmer gemacht. Der von der Firma unterstützten Propaganda der Vaterländischen, die mit einer eigenen Liste 2 auftraten, auf der als Spitzenkandidat der Vorsitzende der Vaterländischen, Lembke, prangte, traten die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Wertes mit einem Flugblatt entgegen, das seine Wirkung nicht verfehlte. Bei der Betriebsratswahl erhielt die freigewerkschaftliche Liste 274, die „vaterländische“ Liste dagegen nur 43 Stimmen. Trotz aller von den Vaterländischen ausgestreuten Verleumdungen erhielten diese Unternehmerlieblinge keinen Sitz im Betriebsrat. Die Arbeiter haben eben die Gefahren erkannt, die ihnen von dieser Sorte „Aushilfsgehilfen“ drohen. Mögen sie aber weiter auf dem Wege fortzuschreiten, den ihnen die Bernunft vorzeichnet, und endlich geschlossen der freien Gewerkschaft beitreten. Die Unternehmer aber mühten doch endlich erkennen, daß die Geber, die sie zur Züchtung und Unterstützung der vaterländischen Verbände hinauswerfen, nutzlos verpulvert werden.

„Der „Vorwärts“ gegen gerechte Arbeitsvermittlung“

Mit dieser Ueberschrift bringt die „Rote Fahne“ heute früh einen Bericht über eine Versammlung arbeitsloser Buchbinder am Freitag, in der angeblich „geradezu skandalöse Dinge über die Reichsboden, wie die „Vorwärts“-Druckerei die Bestimmungen der Arbeitsvermittlung umgeht“, aufgedeckt worden seien. Welche Dinge aufgedeckt worden sein sollen, verschweigt das Blatt, weil solche nur in seiner Phantasie bestehen, gepaart mit dem Eifer, dem „Vorwärts“ einzuzumischen.

Aus der veröffentlichen Resolution geht hervor, daß die arbeitslosen Buchbinder sich gegen eine namentliche Anforderung von Arbeitskräften beim Arbeitsnachweis gewandt haben.

Dazu ist zu sagen, daß die Anforderung und Vermittlung durchaus einwandfrei erfolgt ist, was von den Vertrauensleuten der Buchbinder dem Betriebsrat und dem Buchbinderverband gebilligt wurde. Damit sollen die freundschaftlichen Schlußfolgerungen der „Roten Fahne“ in sich zusammenfassen.

Mexikanischer Gewerkschaftskongress.

Originalberichten über den kürzlich abgehaltenen 5. ordentlichen mexikanischen Gewerkschaftskongress entnehmen die Presseberichte des IGB, daß den Verhandlungen 1525 Delegierte beizwohnten. 65 Proz. der Delegierten sahen sich aus Vertretern der Landwirtschaft zusammen. Der Kongress nahm u. a. eine Resolution betr. die Gründung einer Arbeiterhochschule an, die vom Mexikanischen Gewerkschaftsbund unterhalten werden und sich der Ausbildung von Arbeiterführern widmen soll. Alle Gewerkschaften können in diese Schule im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl Schüler abordnen. Andere Entschlüsse sehen die Gründung eines „Rehabilitation Institutes“ vor. Dieses Institut, das von Arbeitsunfällen betroffenen Arbeitern die Erlernung eines neuen Berufes ermöglichen soll, wird gemeinsam von der Regierung und dem Gewerkschaftsbund unterstützt werden. Besonders eingehend befaßte sich der Kongress mit der Frage der Gründung einer Arbeiter- und Genossenschaftsbank sowie mit der Förderung der Produktion, Konsum- und Bau-genossenschaften. In weiteren Resolutionen wurde die Einberufung einer Bergleutenkonferenz zur Gründung eines Verbandes der Bergleute beschlossen und gegen die Organisierung spezieller, mit den freien Gewerkschaften konkurrierender katholischer Gewerkschaften protestiert. Ricardo Trepino wurde zum Generalsekretär ernannt.

Die Sparte der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Umbau im Schultheiß-Kahlbaum-Konzern. Die bürgerliche Finanzpresse war in den letzten Wochen stark mit Kämpfen beschäftigt, die zwischen den Aktionären des Ostwerte-Schultheiß-Kahlbaum-Konzerns um die Konzerndividende ausgefochten wurden. Nach dem Interessengemeinschaftsvertrag sollten die Konzerngewinne zwischen den Gesellschaften nach der Höhe der Aktienkapitalien verteilt werden. Wie wir aber schon bei der Besprechung der vorjährigen Abschlußbilanzen hervorgehoben haben, überwoog das Gewinnverhältnis bei Schultheiß-Pagenhofer das der beiden anderen Gesellschaften berart (besonders das bei Kahlbaum), daß Schultheiß-Pagenhofer und Ostwerte sich gegen die Beibehaltung der bisherigen Gewinnverteilung aussprachen. Da die Kahlbaum-Aktionäre sich auf ihr Vertragsrecht beriefen, kam es zu den besagten Kämpfen. Die Sache wäre für die Interessen der Arbeiterschaft ziemlich belanglos, wenn das endlich gefundene Kompromiß nicht auch den Konzernaufbau veränderte. Das Kompromiß, über das ein Beschluß der drei Aufsichtsräte vorliegt, trifft Änderungen in dreifacher Hinsicht. Die Kahlbaum-U. G. wird mit Schultheiß-Pagenhofer fusioniert, wenn die Kahlbaum-Aktionäre dem Umtausch der Kahlbaum-Aktien im Verhältnis 3:2 in Schultheiß-Aktien zustimmen. Da die Kahlbaum-U. G. 20 Millionen Aktienkapital hat, wird das Schultheißkapital um 13,5 Millionen, von 25 auf 38,5 Millionen, erhöht. Durch die Fusion scheidet Kahlbaum aus der Interessengemeinschaft aus; die Aktionäre werden mit etwa zwei Drittel des bisherigen Aktienwertes Aktionäre bei Schultheiß. Zweitens: die Interessengemeinschaft zwischen Schultheiß und Ostwerte wird fortgesetzt. Ostwerte stimmt der Fusion Schultheiß-Kahlbaum und der Uebertragung der Kahlbaum-Gewinnquote auf Schultheiß zu. Aber auch die Ostwerte verringern zugunsten von Schultheiß ihren Gewinnanspruch. Statt bisher 25/100 erhalten die Ostwerte 22,5/100, während sich der Gewinnanteil Schultheiß von 25/100 auf 42,5/100 erhöht. Drittens vereinbaren Schultheiß und Pagenhofer, daß jede der beiden Gesellschaften geringere Gewinne ausschütten darf, als der neuen Ordnung entspricht. Der nicht ausgeschüttete Gewinn geht aber nicht in den Konzerngewinn des nächsten Jahres über, sondern wird als Sondervermögen der betreffenden Gesellschaft reserviert. — Da der Hauptaktionär der Kahlbaum-U. G. dem Kompromiß zugestimmt hat, ist der Umtausch und die Fusion sicher. Bei Schultheiß wird für dieses Jahr eine Dividende von 14 Proz. erwartet, was man den Kahlbaum-Aktionären offenbar verratet hat, um sie für das Kompromiß gefügig zu machen.

Dividenden der Bauindustrie. Von den großen Gesellschaften der Bauindustrie haben bisher die Julius Berger Tiefbau A. G., Berlin und Philipp Holzmann A. G., Frankfurt a. M. ihre Abschüsse bekanntgegeben. Die Julius Berger A. G. verteilte 15 Proz. Dividende; die Philipp Holzmann A. G. hätte nach ihren eigenen Erklärungen wie im Vorjahre 7 Proz. verteilen können, verzichtete aber zur Stärkung ihrer Betriebsmittel auf die Ausschüttung. Run liegt auch der Abschluß von der Wagh u. Freitag A. G. vor, die bekanntlich im vergangenen Jahre nach Frankfurt a. M. übergesiedelt ist. Auch diese Gesellschaft weist sehr beträchtliche Reingewinne aus und verteilt eine Dividende von 10 Proz. Der Betriebsüberschuß ist mit 4,56 Millionen, Verwaltungskosten, soziale Lasten und Steuern mit 2,96 Millionen ausgewiesen. Nach Abschreibungen von 855.000 M. verbleibt ein Reingewinn von 944.000 M. Bezeichnend für die Gedankenlosigkeit, mit der von den Unternehmern auf der Höhe der Steuern und den Sozialkosten herumeritten wird, ist die Behauptung des Geschäftsberichts, daß die insgesamt gezahlten 1,62 Millionen „aus der Betriebsmitteln gedeckt werden mußten“. Was man sich dabei denken soll bei fast 1 Million Reingewinn und 10 Proz. Dividende, darüber sollte die Firma Wagh u. Freitag die Deffizienten eigentlich aufklären.

Gründung eines amerikanischen Finanzierungs-Instituts für deutsche Kommunal-Anleihen. In New York ist die First Federal Foreign Trust mit Genehmigung der Federal Reserve Bank gegründet worden. Diese Gesellschaft, dessen Hauptzweck die Gewährung von ausländischen, und vor allem deutschen Kommunalanleihen ist, hat ein Kapital von 10 Millionen Dollar. Nach den Bestimmungen der Federal Reserve Bank darf der Trust ausländische Anleihen aus eigenem Kapital und Ueberfluß geben, jedoch nicht in Höhe von mehr als 10 Proz. hiervon an den einzelnen Geldnehmer. Ferner darf der Trust Obligationen herausgeben und verkaufen bis zur zehnfachen Höhe seines Kapitals und Ueberflusses. Der Trust wird in Europa durch seine Filialen und durch Korrespondenten vertreten sein.

Theater der Woche.

Vom 13. Juni bis 21. Juni 1926.

Ballhäuser: 13. 15. Faust. 14. 16. Das trunkschiff. 17. bis 21. Der süße Michel. — **Schauspieltheater:** 13. bis 16. 19. Die Welt, in der man sich langweilt. 17. Der Herr. 18. Quasi am Hof. — **Kraus-Oper:** 13. Carmen. 14. Der arme Hans. 15. Kasperle. 16. 21. Der Dieb des Goldes. 17. Die Entführung aus dem Serail. 18. Der Hünnebe-Höllener. 19. Nibs. 20. Kasperlebaron. — **Schiller-Theater:** 13. bis 17. Michel und die 99 Ueberschüen. 18. Maria Stuart. 19. bis 21. Die Fahrt nach der Südpole. — **Deutsches Theater:** Das Gef. — **Die Komödie:** Wolf und — **Brünnel-Theater:** Schmeißer Bibbel. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Gefasene Engel. — **Stadt Oper:** Charlettenburg. 13. 18. Fortinbras. 14. Die Wokler. 15. Katin Sabanawa. 16. Die Weiberhänger von Nürnberg. 17. Die Wokler. 19. Der Hingebte Holländer (genial. Kom.). 20. Ripelleto. 21. Telloh und Hölle. — **Theater des Westens:** Die große Unbekannte. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der frühe Weinberg. — **Komödienhaus:** Der Garten Eden. — **Berliner Theater:** Donnerwetter — **Komödie:** Komödie. — **Krieger-Theater:** Kampf in der Hochseemacht. — **Kellner-Theater:** Der Herr Herr. — **Zentral-Theater:** Eva Bonheur. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Die Freier. — **Komische Oper:** Berlin ohne Orm. — **Metropol-Theater:** Die Nacht der Nächte. — **Theater am Lustgarten:** Bis 13. Rebhuhn. Ab 16. Rappeler Jack. — **Kleines Theater:** Seelenwanderung. — **Wagner-Theater:** Der heilige Brunnen und Florentin Paganini. — **Rolle-Theater:** Ehr keine Mutter. — **Kaffee-Theater:** 13. Das verlorene Verlobte. Ab 14. Gefasene. — **Theater in der Bukowinstraße:** Sperrenalmittel. — **Schauspiel-Theater:** 13. 14. Der Südpol. Ab 15. Sabanawen. — **Central-Internationales Variété:** — **Deutsches Theater:** Täglich 8, Uhr „Das Gef.“, Komödie: Täglich 9, Uhr „Der Wolf“.

Kassinettenverstellungen. **Ballhäuser:** 13. Das trunkschiff. 14. Faust. — **Schauspieltheater:** 13. Charlene Kante. — **Theater des Westens:** 13. 20. 3 Uhr: Schmeißer Bibbel. 13. 20. 4 Uhr: Gräfin Mariza. — **Zentral-Theater:** 13. 20. Eva Bonheur.

Beamtenschein für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Ernst Galtmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kautschuk: A. A. Böcker; Soziales und Sonntags: Axel Rothardt; Wasserbau: Th. Glöck; ähnlich in Berlin; Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt West End u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Platzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 546
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias
In 10 Min. Still-
stand. In 20 Min. voll-
ständl. Schmerzl. In 30
Min. völlige Besserung.
Schmerzmittel sind
schwarz Tinte bemalt. Unschmerz-
liche und schmerzlose. Ärztl. empfohlen.
Preis 10 Pf. 1-11. 14. Sonntag 10-12. Jahre

Rohrmöbel
Peddighrohrsessel
wie Abbildung, mit
Wulstrand . . . M. 8²⁵
Peddighrohrsessel
Rohr- u. Seitenlehne
dicht geflochten, M. 14²⁵
Bondoohrsessel
naturlackiert,
weiteres . . . M. 14⁷⁵
Peddighrohrstuhl
rund, 60 cm . . . M. 14⁰⁰
Liegestühle, Teewagen
in großer Auswahl

P. Raddatz & Co.
Leipziger Str. 122-23

HUNDE
Katten, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Adolf Hoffmann
**Episoden und
Zwischenrufe**
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Der gute Kapitän-
Kautschuk
In den meisten Depar-
tamenten erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 2861

Über 20000 Stück im Gebrauch!
Albert Rosenhain's saueres
Saffianleder-Portemonnaie
für Herren und
Damen
**„Der Schacht
Tresor“**
für Scheine
und Hartgeld

Geht braun Saffian
und 20 Pf. für portemonnaie Zusendung

Unser neuer Hauptkatalog Nr. 25
wird auf Wunsch kostenlos zugestellt.

Albert Rosenhain
Berlin SW 19 Leipziger Str. 72-74